

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

## Inhalt

Der Parlamentarische  
Staatssekretär Dr. Hans  
de With erläutert den  
Entwurf eines Strafver-  
fahrensänderungsgesetzes

Seite 1/2

Dr. Ulrich Dübber MdB  
meint, daß Bildschirm-  
texte zum Fernsehprogramm  
gehören

Seite 3/4

Dr. Peter Corterier MdB  
analysiert Oppositions-  
Äußerungen zur Ostpolitik

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Kölner Straße 108-112,  
5300 Bonn-Bad Godesberg  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

32. Jahrgang / 172 / 8. September 1977

Verfahren werden gestrafft

-----  
Ein Beitrag zur Inneren Sicherheit

Von Dr. Hans de With MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister  
der Justiz

Am 7. September hat die Bundesregierung den Entwurf eines Strafverfahrensänderungsgesetzes beschlossen. Er liegt dem Bundesrat bereits vor, der seine Stellungnahme am 14. Oktober abgeben wird. Damit wird der dem Strafverfahren mögliche Beitrag zur besseren Bekämpfung der Gewaltkriminalität und des Terrorismus geleistet. Mit Recht wurde in der Öffentlichkeit seit geraumer Zeit gerügt, daß teilweise die Verfahren - oft bedingt durch eine zu große Stofffülle - zu lange dauerten, und daß manche an sich berechnete prozessuale Rechte nicht nur zur Lähmung des Verfahrens mißbraucht, sondern zur Fortführung terroristischer Aktivitäten verwendet wurden. Ziel dieses Entwurfs ist es deshalb, durch ein umfängliches Bündel von Maßnahmen Verfahren zu straffen und zu beschleunigen und den Mißbrauch prozessualer Befugnisse zu verhindern.

Was letzteres angeht, so waren vorrangig Vorkehrungen dagegen zu treffen, daß einige "Verteidiger" das ihnen mögliche ungehinderte Gespräch mit dem inhaftierten Mandanten zur Fortsetzung mißbrauchen und dadurch dem Terror Vorschub leisten. Seit 1975 besteht zwar die Möglichkeit, solche Vertei-

diger aus dem Verfahren auszuschließen. In letzter Zeit zeigte sich jedoch, daß die gesetzliche Regelung, die sich im Kern bewährt hat, Lücken enthält. Diese sollen vom Entwurf geschlossen werden. Vor allem wurde die Verdachtsschwelle, von der der Ausschl. abhängig ist, als zu hoch empfunden. Sie wird deshalb deutlich herabgesetzt. Nicht mehr der für die Verhaftung erforderliche dringende Verdacht, sondern schon der druch bestimmte Tatsachen begründete einfache Verdacht soll in Zukunft ausreichen. Nach diesem Vorschlag stimmen Verdachtsgrad und Voraussetzungen exakt mit dem überein, was bisher als Voraussetzung für die Überwachung des Gesprächs vorgeschlagen wird. Der totale Ausschl. des Verteidigers erscheint als das wirksamere Mittel zur Unterbindung von Kontakten. Mit der Herabsetzung des Verdachtsgrades muß allerdings eine bedingte zeitliche Befristung des Ausschlusses verbunden werden. Wenn es nicht möglich ist, innerhalb eines oder ausnahmsweise zweier Jahre durch eine zugelassene Anklage den Verdacht zu erhärten, soll die Ausschließung entfallen.

Durch Änderungen der Vorschriften über die Ablehnung der Richter wegen Befangenheit und bei der Verwendung erst in der Hauptverhandlung präsentierter Zeugen und Sachverständiger soll Mißbräuchen begegnet werden, die hier deutlich geworden sind. Schließlich wird die Beschwerde gegen Entscheidungen des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof so eingeschränkt, daß die Rechtsprechungstätigkeit des Bundesgerichtshofes durch eine Überflutung mit Beschwerden nicht mehr lahmzulegen ist.

Maßnahmen zur Verfahrensbeschleunigung im Strafverfahren sind ein allgemeines, für alle Verfahren bedeutsames Ziel. Wichtig sind dabei besonders Vorschläge für Großverfahren. Verfahrensbeschleunigung läßt sich nicht durch eine Zauberformel erreichen, sondern nur durch eine Vielzahl von Einzeländerungen, durch die der Prozeßstoff konzentriert und Verfahrensleerlauf beseitigt wird. Von den zahlreichen Vorschlägen des Entwurfs können hier nur die wichtigsten erwähnt werden.

Schon im staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren muß der Prozeßstoff konzentriert werden. Verfahren dürfen nicht an sich selbst ersticken. Deshalb soll die Möglichkeit beträchtlich erweitert werden, Verfahren wegen solcher Nebenstraftaten einzustellen, bei denen die zu erwartenden Rechtsfolgen nicht erheblich ins Gewicht fallen. Besonders für Großverfahren ist wichtig, daß die Pflicht zur zeitraubenden Verlesung von Urkunden in der Hauptverhandlung eingeschränkt wird. Bezugnahmemöglichkeiten sollen den Arbeitsaufwand für die schriftlichen Urteile verringern. Auch im schöffengerichtlichen Verfahren soll in geeigneten Fällen durch Strafbefehl entschieden werden können.

Verfahrensleerlauf, der durch vermeidbare und zu spät aufgedeckte Verfahrensfehler entsteht, ist einem rechtsstaatlichen und doch schnellen Verfahren besonders abträglich. Durch gerichtsverfassungsrechtliche und strafprozessuale Maßnahmen sollen Urteilsaufhebungen infolge von Fehlern bei der Besetzung des Gerichts vermieden und die Klärung schwieriger Zuständigkeitsfragen vereinfacht werden.

Die Bundesregierung hat ihren umfassenden Entwurf mit der gebotenen Eile, aber mit der notwendigen Gründlichkeit vorbereitet. Die Länder, die gerichtliche und staatsanwaltschaftliche Praxis und die Verbände der Richterschaft und der Anwaltschaft haben Gelegenheit gehabt und genutzt, ihre Erfahrung und ihre Vorstellungen einzubringen. Deshalb ist eine umfassende und ausgereifte Lösung entstanden, die eine zügige parlamentarische Behandlung erwarten läßt.

(-/6.9.1977/bgy/ja)

Bildschirmtexte gehören zum Fernsehprogramm  
-----

Nach der Funkausstellung: ARD und ZDF sollten anfangen

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Stellv. Vorsitzender der Kommission

Massenmedien der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft

Die zehntägige Internationale Funkausstellung am Berliner Funkturm ist vorüber und mit ihr das Wettrennen der Veranstalter von Bildschirmtexten um die Gunst des Publikums. "Videotext", das System von ARD und ZDF und "Bildschirmzeitung", herausgegeben von den privaten Zeitungsverlegern, werden fürs erste wieder ihr Erscheinen einstellen. "Bildschirmtext", das System der Bundespost, lief ohnehin außer Konkurrenz, weil sich seine Veranstalter wegen des unstrittenen Rundfunkbegriffs eine weise Zurückhaltung beim Programminhalt auferlegt hatten.

Um das Ergebnis zusammenzufassen: Was an Texten über die Bildschirme lief, konnte niemanden vom Stuhl reißen. Der Drang in die "Austastlücke" der vorhandenen Fernsehprogramme zum Zweck des Transports weiterer Nachrichten ist verständlich, aber übertrieben. Verleger-Präsident Dr. Binkowski sagte es vor Parlamentarierern in schöner Offenheit: "Es muß nicht unbedingt sein, aber wenn es denn gemacht wird, wollen wir dabei sein."

Was wurde in den Modellvorführungen geboten? Die aktuellen (politischen) Nachrichten unterschieden sich kaum von den stündlichen Nachrichtensendungen in unseren Hörfunkprogrammen, sie waren eher noch (wegen des knappen Raumes auf dem Bildschirm) verkürzt und damit vergrößert. Die einzelnen Texte wurden auch nicht öfter als im Hörfunk gegen neue ausgetauscht - kein Wunder bei denselben (Agentur-)Quellen.

Der Besitz eines Radiogeräts erspart also den Text auf dem Bildschirm. Die Verleger favorisierten den Boulevard-Journalismus ("Der tägliche Bankraub", "Witz des Tages"), aber es mag zweifelhaft sein, ob der Zuschauer wirklich am Nachmittag schon die Meldung von dem Reh mit zwei Köpfen wünscht. Was bleibt dann für die Frühstückselektüre am nächsten Morgen? Hier schon ist die völlig offene Frage nach den Kosten eines solchen Dienstes zu stellen, die niemand beantworten konnte.

Dies wird besonders für die Service-Leistungen gelten, die sowohl von ARD/ZDF wie den Verlegern in Fülle angeboten wurden. Es gab Informationen über das Wetter, über Fahr- und Flugpläne, innerstädtische Verkehrshinweise, Theater und Oper, Hotelzimmer, Lotto- und Tottozahlen, Radio- und Fernsehprogramme, Rätsel, Börsennachrichten, Verbrauchertips, Kochrezepte und vieles mehr. Der Durchschnittskonsument wird dies alles sicher widerspruchslos annehmen, solange es ihm zum Nulltarif präsentiert wird. Hand auf's Herz: Welche Hausfrau, die zwischen den bewegten Bildern des Fernsehkochs und den ausführlichen Rezepten in der Frauenzeitschrift wählen kann, hat bisher Küchentips in Schlagzeilen auf dem Bildschirm vermißt? Im Gegensatz zu aktuellen Nachrichten, die als Ab-

fallprodukt von den Nachrichtenredaktionen des Funks und der Zeitungen gefertigt werden können, braucht man für den Service zusätzliches Personal.

Weil dies aber Geld kostet, verkleinert sich der Markt entsprechend. Besonders der Regionalverleger wird bedenken müssen, daß er zwar mit lokalen Nachrichten auf dem Bildschirm in eine Marktlücke stoßen kann, er aber mit dem Service-Programm hoffnungslos hinterherhinkt, wenn er dies nicht von einem großen Konzern kauft: Sein Verdruss über die vorhandene öffentlich-rechtliche Konkurrenz wird durch eine wirtschaftliche Abhängigkeit von den großen Medien-Konzernen ergänzt werden.

Der Streit, wem die "Austastlücke" in den 1. Fernsehprogrammen (ARD) und in den 2. und 3. (Bundespost) gehört, nämlich den Programmveranstaltern oder "jedem" entsprechend Art. 5 GG, ob Zuständigkeit bei Bund oder Ländern, mag die Juristen noch lange beschäftigen, dem Publikum bringt er nichts ein. Schon die gelassene Reaktion einer größeren Zahl von Abgeordneten auf die vielfältige Nutzbarkeit neuer Medien, die ich auf der Ausstellung miterlebt habe, dokumentiert vorhandene Skepsis.

Für Bildschirmtexte gibt es nur eine originäre Anwendung, in der sie durch nichts zu ersetzen sind, nämlich als sendungsbezogene Kurzinformationen, zum Beispiel über Verfasser und Mitwirkende einer Fernsehsendung. "Zu einer im Fernsehen gesendeten Oper kann Videotext fortlaufend für den später dazukommenden Zuschauer Titel, Komponist, Autor, Dirigent, Besetzung und Kurzzinhalt bieten. Fremdsprachlichen Sendungen kann ein deutscher Text in Kurzfassung oder in Untertiteln beigegeben werden. Umgekehrt könnten auch deutschsprachige Sendungen, etwa Nachrichten, für fremdsprachige Zuschauer verständlich gemacht werden" (Albert Scharf).

Eine solche Beschränkung auf sendungsbezogene Mitteilungen würde es ARD und ZDF erlauben ohne Verzögerungen mit dem Ausstrahlen von Texten innerhalb der eigenen Programme zu beginnen. Der finanzielle Aufwand hielte sich in Grenzen, da die Texte unschwer in den vorhandenen Redaktionen geschrieben werden können. Den Zeitungsverlagen entstünde auf diesem Gebiet keinerlei Konkurrenz und die juristische Klärung könnte solange abgewartet werden, bis das Kabelfernsehen eine technische Alternative bietet. Dies wird vor Beginn der achtziger Jahre nicht der Fall sein, ein Grund mehr für die ARD-Anstalten und das ZDF, umgehend in den eigenen "Austastlücken" ihre Programme mit Texten zu ergänzen.

(-/8.9.1977/bgy/ja)

+ + +

Gemeinsamkeit in der Außenpolitik?  
-----

Realitätsorientierte Ostpolitik bei der Union noch nicht mehrheitsfähig

Von Dr. Peter Corterier MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß

In den vergangenen Monaten wurde von einzelnen Unionspolitikern wiederholt in unterschiedlicher Weise das Thema Gemeinsamkeit der Außenpolitik angesprochen. Zwei Positionen ragten dabei heraus: die von Kurt Biedenkopf und die von Alois Mertes.

In seinem Deutschlandfunk-Interview vom 19. Juni entwickelte Kurt Biedenkopf bemerkenswerte Gedanken: "Wir haben innerparteilich seit Jahren keine wirklich organisierte Diskussion über die außenpolitischen Ziele in der Partei mehr geführt... mit dem Ziel, unsere Positionen fortzuentwickeln und fortzuschreiben... Es ist keine Frage, daß es hier einiges aufzuarbeiten gibt auch und gerade, was die ostpolitischen Traumata anbetrifft. Es gibt eben noch eine ganze Menge Mißtrauen, Skepsis, Unbewältigtes im Bereich der Ostpolitik." Freimütig gestand Biedenkopf auch den Irrtum ein: daß die KSZE-Schlußakte "eine solche Dynamik in den Ostblockstaaten in Gang setzen würde... Das haben wir nicht angenommen." Für all diese Äußerungen wurde Biedenkopf vom Außenpolitischen Arbeitskreis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in scharfer Form zurechtgewiesen. Arbeitskreisleiter Werner Marx erklärte in der "Welt" am 1. Juli: "Es gibt für uns keinerlei Grund, den Kurs zu ändern."

Während man die Erwägungen von Kurt Biedenkopf als beachtenswerten Versuch kritischer Selbstbesinnung einschätzen kann, zeichnen sich die wiederholten Vorstöße von Alois Mertes durch Unseriösität aus. Wer wie Mertes in einer Stellungnahme zum 7. Jahrestag des Moskauer Vertrages - in offenkundiger Abgrenzung von Biedenkopf - betont, "die CDU/CSU hat nichts nachzuholen und nichts aufzuarbeiten", der verbaut der Union den Weg zu einer realistischen Bestandsaufnahme in der Ostpolitik.

Bei Mertes entartet die Formel von gemeinsamer Außenpolitik zur Phrase, denn gerade im oben erwähnten Artikel wurde einleitend die grundsätzliche Kritik an der Einleitung der neuen Ostpolitik wiederholt. Nicht die völkerrechtsverbindlichen Ostverträge, sondern vornehmlich nur die innenpolitisch bedeutsame Gemeinsame Erklärung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972 sowie Urteile des Bundesverfassungsgerichts standen im Mittelpunkt seiner Erörterungen. Mit dem Taschenspielertrick - in der sozialliberalen Koalition habe ein Prozeß der "Ernüchterung" und des "Abschiednehmens von Illusionen" im Bereich der Ostpolitik eingesetzt und die Opposition könne sich in ihren Warnungen und Prognosen bestätigt sehen - versucht Mertes die Positionen der CDU/CSU zu retten und der Union ein Umdenken zu ersparen.

Trotz seines Geredes über gemeinsame Außenpolitik unternimmt Mertes in der Praxis nicht nur Nichts, um eine Neuorientierung der Union im Bereich der Ost- und Deutschlandpolitik - die die Voraussetzung für eine gemeinsame Außenpolitik wäre - zu erwirken, sondern aktiv unterstützt er gerade jene Kräfte, die eine solche Neuorientierung für überflüssig halten.

In seinem Leserbrief in der "Süddeutschen Zeitung" vom 18. Juni 1977 verwahrte sich Mertes dagegen, mit Walther Leisler-Kiep in einen Topf geworfen zu werden, "denn Kiep war 1969 bis 1976 der entscheidendste Anhänger eines Kurses der Anpassung der CDU/CSU an den außenpolitischen Kurs der SPD/FDP, den ich konsequent abgelehnt habe". In einem Interview des WDR vom 18. Mai bekannte Mertes stolz, für das Nein der Union

zur KSZE, zu allen Ostverträgen sowie gegen den Beitritt zur UNO und zum Atomwaffen-sperrvertrag eingetreten zu sein.

Mertes wird mitunter - fälschlich - für eine Schwalbe gehalten, die - angeblich abge-sichert von Helmut Kohl - diplomatisch geschickte Versuche macht, der Union den An-schluß an die von der sozialliberalen Koalition fortentwickelten bundesdeutschen Außenpolitik zu ermöglichen. Doch Mertes ist weder Schwalbe, noch Taube, sondern ein Falke.

Um jegliche Mißdeutung seiner verbalen Manöver bei den dominierenden deutsch-nationa-len Kräften der Union auszuschließen, profiliert sich Mertes gerade als Eiferer in der Polemik insbesondere gegen Willy Brandt und Herbert Wehner. Jede neue Idee zur Fortentwicklung sozialdemokratischer Friedenspolitik wird von ihm in teilweise in-famer Weise verdächtigt. Wiederholt unterstellte Mertes, daß Brandt und Wehner die Position des westlichen Bündnisses schwächten. Herbert Wehner wurde von ihm mehrfach als "Sicherheitsrisiko für unser Land" diffamiert.

Der Deutschlandtag des Düsseldorfer CDU-Parteitages und das Abschmettern der kon-struktiven Anregungen von Biedenkopf sind typisch für den inneren Zustand der Oppo-sition im Bereich der Ost- und Deutschlandpolitik. Eine zukunfts- und realitäts-orientierte Ost- und Deutschlandpolitik ist in der Union leider noch nicht mehr-heitsfähig. Besonnene Nachdenklichkeit ist verpönt, verbrämte Rechthaberei Trumpf.

Das Gemeinsamkeitsgerede einzelner Unionspolitiker ist schließlich auch unglaubwür-dig, weil die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in diesem Jahr erstmals den Verteidigungs-haushalt abgelehnt und damit bewußt im letzten, außerordentlich wichtigen Teilbereich der Außenpolitik die Gemeinsamkeit aufgekündigt hat.

Anstatt - um mit Biedenkopf zu reden - mit der Regierung nur darüber zu ringen, wie groß der Druck sein darf, den die Bundesrepublik Deutschland in der Menschenrechts-frage ausüben kann und wieviel Zurückhaltung zu üben ist, damit der Entspannungs-prozeß nicht gefährdet wird, inszeniert die Union eine Menschenrechtskampagne mit der Absicht, das einstige im Kalten Krieg nicht erreichte Ziel - Zurückdrängung des kommunistischen Machtbereiches - nun mit moderneren Mitteln zu erreichen und die Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition zu torpedieren.

Herbert Wehner erklärte am 16. März 1977: "Nur die Koalitionsparteien... bieten die Gewähr, daß diejenigen, die die Regierung tragen, das Maximum dazu beitragen können, Friedenssicherung durch eigene Beiträge der Bundesrepublik Deutschland voranzutrei-ben und nicht bloß Friedensdeklamationen an die Adresse anderer zu richten, an das Gewissen der Welt, an die Menschenrechte..."

Das Grundinteresse der Bundesrepublik Deutschland als zentral gelegener mitteleuropäi-scher Staat im direkten Berührungsfeld der Interessensphären zweier Supermächte kann nur konstruktive Friedens- und Entspannungspolitik sein. Die Union muß sich fragen lassen, ob sie aufgrund ihrer inneren Struktur zu einem konstruktiven Mitwirken an einer solchen Aufgabe schon willens und in der Lage ist.

(-15.9.1977/vr-he/jd)